

Titel der Drucksache:

Nachfragen zur Drucksache 2338/25 - Bericht
Verfahrenslotse gem. §10b SGB VIII
Berichtszeitraum 01.2025 - 06.2025

Drucksache

2910/25

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss		26.02.2026	öffentlich

Informationsaufforderung JHA

Sehr geehrter Herr Trier,

ganz herzlichen Dank für die Berichterstattung und die hervorragende Arbeit der beiden Verfahrenslotsinnen! Als Vertreterinnen der Fraktion Mehrwertstadt haben wir folgende Fragen bzw. Anmerkungen. Wir bitten um mündliche oder schriftliche Beantwortung in der Januar- oder Februar-Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Für Fragen und zum erwähnten Gesprächsangebot durch das Jugendamt stehen wir natürlich gerne zur Verfügung.

3.1 Anonyme Fallanfragen insbesondere durch pädagogische Fachkräfte Kd./Jgd.hilfe

S. 10/11:

„Die Weiterentwicklung von professionsübergreifenden Beratungs- und Informationsstrukturen bleibt... wichtig, um bestehende Schnittstellen ... (SGB IX/SGB VIII) ... zu koordinieren.“

Frage: Wie ist der aktuelle Stand der Weiterentwicklung?

3.2.1 Häufigkeit der Anfragen bezüglich Verwaltungsverfahren der Gewährung einrichtungsbezogener Eingliederungshilfeleistung Kitas

S 12:

„Verfahrensbeschleunigende Lösungen bleiben im Sinne der Kinder ... auch zukünftig wünschenswert.“

Frage: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung?

3.2.1 Koordinierung Schnittstellen/ Zuständigkeitsübergang (SGB IX/SGB VIII)

S. 13:

„Um das Potential dieser Schnittstellen-Regelungen ... besser auszuschöpfen, bedarf es ... etablierter Strukturen in der Fallsteuerung. Der Verfahrenslotse ... könnte hier zukünftig im Sinne des Eingangs- und Übergangsmanagements als verbindliche Ressource mitgedacht werden.“

Frage: Wie wird diese Empfehlung zukünftig durch die Stadtverwaltung mitgedacht und möglichst umgesetzt?

3.2.1 Teilhabe ab Schuleintritt

S. 14:

Eingliederungsleistungen zur Teilhabe an Bildung

„Der Ausbau eines gemeinsamen Verständnisses zwischen den beiden Leistungsträgern der EGH-Leistungen für junge Menschen und den schulischen Trägern und Behörden für die Aufgaben der Eingliederungshilfen einerseits und der aufnehmenden Schule andererseits bleibt ... bedeutsam.“

Frage: Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung gemeinsamer Standards mit den schulischen Trägern, den Schulen und zuständigen Behörden?

(Ggf. Verweis an die Ausschüsse, die für Bildung, Soziales und Gesundheit verantwortlich sind)

Altersgruppe Schuleintritt bis zur Volljährigkeit, hier insbesondere §11 SGB VIII

„Die Erweiterung entsprechender Angebote mit besonders niederschwelligem und vor allem kurzfristigem Zugang ... bleibt ... wichtig.“

Empfehlung: Verweis in den UA KJFF

3.2.1 Übergang Schule in Ausbildung

S. 15:

„Ein zentrales, leicht zugängliches Informationsangebot für junge Menschen mit Behinderung im Übergang von Schule in die Ausbildung wäre ... hilfreich.“

Frage: Auf welche Resonanz traf die Integrative Ausbildungsmesse jobFairErfurt und welche Ideen und weiteren Handlungsschritte ergeben sich daraus?

3.2.2 und 4.1 Generell Hilfen aus einer Hand

S. 17:/19:

„Die Möglichkeit einer arbeitsorganisatorischen Zusammenführung der EGH-Leistungen für junge Menschen auf kommunaler Ebene wird in vielen Gebietskörperschaften in Thüringen bereits umgesetzt oder steht kurz bevor. Aus Sicht der Verflo-EF sprechen diese Aspekte mindestens für eine fachliche und organisatorische Weiterentwicklung bestehender Strukturen...“

„Die ämterübergreifende Arbeitsgruppe zur Umsetzung des KJSG fand letztmalig am 06.03.2025 statt und wurde daraufhin mit Zustimmung aller Beteiligten zunächst bis zu einer Konkretisierung des Gesetzesvorhabens ausgesetzt.“

Nach unserem Kenntnisstand wurde der Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetzes im November 2024 vom Bundeskabinett beschlossen und im Dezember 2024 in den Bundestag erstmalig eingebracht aber nicht mehr verabschiedet. Im Sinne der UN-BRK ist davon auszugehen, dass das Thema im Sinne eines inklusiven Leistungssystems wieder aufgegriffen wird.

Fragen:

Wie ist der aktuelle Stand zur Weiterentwicklung einer ämterübergreifenden Planung und Umsetzung von Hilfen?

Welche Konkretisierung im Gesetzesvorhaben wünscht sich die ämterübergreifende Arbeitsgruppe, um ihre Arbeit wiederaufzunehmen?

Wann kann der neue Maßnahmeplan, welcher auf Seite 20 (4.2) erwähnt wird, voraussichtlich den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden?

Die beiden Stellen der Verfahrenslotsinnen sind bis zum 31.12.2027 befristet, das ergibt sich aus der Gesetzgebung.

Frage: Inwieweit denkt die Stadtverwaltung jetzt schon eine Weiterführung der beiden Beschäftigungsverhältnisse mit?

Anlagenverzeichnis

04.12.2025, gez. Paton

Datum, Unterschrift Mitglied des JHA